

Informationen zur Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit Hilfen zur Erziehung, Inobhutnahmen und Eingliederungshilfen gemäß dem Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII), Berechnung von Kostenbeiträgen, -beteiligungen und -erstattungen bei Hilfen zur Erziehung.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlicher: Landratsamt Ansbach

Bei Fragen wenden Sie sich an:

Sachgebiet 54 Amt für Jugend und Familie – Wirtschaftliche Jugendhilfe, Crailsheimstraße 1, 91522 Ansbach,

Telefon: 0981/468-5400

E-Mail: jugendamt@landratsamt-ansbach.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

a.s.k. Datenschutz e.K., Inhaber Herr Sascha Kuhrau, Schulstraße 16a, 91245 Simmelsdorf

Telefon: 09155/2639970

E-Mail: info@ask-datenschutz.de

4. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

4a) Zweck der Verarbeitung

Ihre Daten werden dafür erhoben, um geeignete erzieherische Hilfen und Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII zu etablieren sowie Inobhutnahmen zu bearbeiten. Weiter sind Ihre Daten erforderlich um die Berechnung von Kostenbeiträgen, -beteiligungen und -erstattungen vorzunehmen.

4b) Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit Art. 4 Abs. 1 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG), §§ 61 ff. SGB VIII, §§ 27 ff, 35a, 41, 44 SGB VIII, §§ 67a, 102 ff SGB X und den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften verarbeitet.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Die Weitergabe Ihrer Daten ist notwendig, um Ihren Antrag bearbeiten zu können, oder aber auch um notwendige Informationen zur Bearbeitung erheben zu können. Ist dies zur Aufgabenerfüllung erforderlich, so kann dies an Geldinstitute, an die Kreiskasse, gesetzliche Vertreter, ggf. Rechtsanwälte, Behörden (vgl. hierzu § 67d ff. SGB X), Arbeitgeber des Unterhaltspflichtigen, Sozialleistungs- und Sozialversicherungsträger (z.B. Familienkasse, Jobcenter, Sozialamt, Krankenkasse, Versorgungsträger), Versicherungsgesellschaften, freie und öffentliche Jugendhilfeeinrichtungen oder Träger von unterstützenden Einrichtungen der Jugendhilfe, Behörden (z.B. Gesundheitsamt, Finanzbehörden, Bundeszentralamt für Steuern), Beistandschaft, Bezirkssozialdienst der zuständigen Jugendämter, Vormünder, Erziehungsbeiständen, Pflegefamilien, Ausländerbehörden erfolgen. Im Falle von z.B. Gerichtsverfahren werden Ihre Daten auch an diese dafür zuständigen Stellen übermittelt. Ihre Daten werden aber nur weitergegeben, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland zu übermitteln.

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Daten werden beim Landratsamt Ansbach solange gespeichert, wie dies zur Erfüllung der Aufgaben, unter Beachtung der Aufbewahrungsfristen, erforderlich ist.

8. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Sie können **Auskunft** verlangen, ob und ggf. welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten und erhalten weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Art. 15 DSGVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann.
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf **Berichtigung** zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten oder die **Einschränkung Ihrer Verarbeitung** verlangen (Art. 17 und 18 DSGVO). Das Recht auf **Löschung** nach Art. 17 Abs. 1 und 2 DSGVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 17 Abs. 3 Buchstabe b DSGVO).
- Erfolgt die Verarbeitung zur Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe (Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe e DSGVO), haben Sie das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer Daten **Widerspruch** einzulegen, wenn Sie hierfür Gründe haben, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben (Art. 21 Abs. 1 Satz 1 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, prüfen wir, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weitere Einschränkungen, Modifikationen und gegebenenfalls Ausschlüsse der vorgenannten Rechte können sich aus der Datenschutz-Grundverordnung oder nationalen Rechtsvorschriften ergeben.

9. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Ihnen steht weiterhin ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu. Diesen können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München

Hausanschrift: Wagnmüllerstr. 18, 80538 München

Telefon: 089/212672-0

Telefax: 089/212672-50

Kontaktformular: <https://www.datenschutz-bayern.de/service/complaint.html>

10. Gegebenenfalls Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Wenn Sie in die Verarbeitung Ihrer Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

11. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Werden die personenbezogenen Daten nicht bereitgestellt kann keine fachlich fundierte Unterstützung in der Problemsituation oder eine Gewährung von Leistungen erfolgen

Landratsamt Ansbach

Crailsheimstraße 1, 91522 Ansbach